



## Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den  
Vorsitzenden des  
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn  
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 29.06.2011

**AN/1382/2011**

### **Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	14.07.2011

### **Bildungsstelle gegen Antisemitismus**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der BÜRGERBEWEGUNG PRO KÖLN im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 14. Juli 2011 zu setzen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Arbeitsfeld der so genannten Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus hinsichtlich des Themenkomplexes des Antisemitismus zu erweitern.

Dem Rat der Stadt Köln ist ein umfangreiches Maßnahmenprogramm gegen Antisemitismus vorzulegen sowie einen Bericht über das aktuelle Thema „Antisemitismus von links“ und dessen Bekämpfung zu erstellen.

Zur Begründung: Seit einigen Jahren hat die Stadt Köln im ehemaligen Gestapo-Haus eine so genannte Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus eingerichtet. Deren Arbeitsprogramm beziehungsweise deren Arbeitsnachweise lösen regelmäßig Kopfschütteln in Fachkreisen aus, die sich mit politischem Extremismus beschäftigen. Neben Allgemeinplätzen, die auch aus allgemein zugänglichen Publikationen abgeschrieben sein könnten, findet man als Eigenleistung ausschließlich Berichte über in Köln tätige nonkonforme Wählervereinigungen. Diese Banalitäten eignen sich zwar immer zur publizistischen Begleitung in der Lokalpresse, treffen aber nie den Kern des politischen Extremismus von links und rechts in unserer Stadt. Tatsächlich ist es aber so, dass es auch in Köln einen manifesten Linksextremismus gibt, der klar zu einem rassistischen Antisemitismus in Form einer verunglimpfenden Israelkritik neigt.

Parlamentarisch verankert ist dieses politische Übel besonders in der Linkspartei zu beobachten. Boykottaufrufe von israelischen Waren sowie Verunglimpfung des jüdischen Gemeinwesens beziehungsweise des Staates Israel auch im Bezug auf das allgemeine Weltgeschehen, scheinen

insbesondere bei der umbenannten SED zum politischen Stilmittel geworden zu sein. So sprechen mittlerweile Fachleute von einem rot-braunen Milieu und auch der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland weist besonders auf die oben genannten Vorgänge hin. Aber auch im links-grünen Milieu scheinen solche verfestigten antisemitischen Positionen zum guten Ton zu gehören, wie beispielsweise die politische Nähe des Betreibers der antisemitischen Plakattafeln vor dem Kölner Dom zeigt. Vor diesem Hintergrund muss bei der politischen Bildung der Ansatz vor allem auch hinsichtlich einer Bekämpfung des Antisemitismus gesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Jörg Uckermann, Judith Wolter